

Pulsnitzer Tageblatt

Verlagspreis 18. Tel.-Nr.: Tagesblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 2133. Giro-Konto 146
Bezirksanzeiger

Wochenblatt Post-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — erscheint an jedem Werktag — — —
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streit oder sonstiger irgend welcher Störung
des Betriebes d. r. Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen, hat der Bezahler
teilnehmend auf Beförderung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in Sp. Die 41 mm breite Zeile (Masse's Zeilenmaß 14)
1 mm Höhe 10 Sp., in der Amtshauptmannschaft Ramenz 8 Sp.; amtlich 1 mm
30 Sp. und 24 Sp.; Reklame 25 Sp., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei
zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen
gelandt der volle Rechnungsbetrag unter Befehl von Preisnachschlag in Anrechnung.
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Ramenz
des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großhörnisdorf, Brettnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thleimendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. L. Förster's Erben (Inh. J. W. Mohr)

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 174

Montag, den 29. Juli 1929

81. Jahrgang

Das Wichtigste

Das japanische Kabinet hat, nach Ausführungen des japanischen Blattes
„Tokio Asahi“, beschlossen, das Parlament aufzulösen und Neu-
wahlen auszusprechen. Diese werden voraussichtlich schon im
August stattfinden.

Der amerikanische Fliegerleutnant Harold Bromely ist am Sonntag
morgen bei dem Start zu seinem Dauerflug von Stacoma im
Staate Washington nach Tokio abgestürzt. Bromely selbst blieb
unverletzt, während die Maschine, die Feuer gefangen hatte, erheblich
beschädigt wurde.

Die amerikanischen Flieger Jackson und O'Brien sind in ihrem Flug-
zeug „Saint Louis Robin“ nunmehr 357 Stunden in der Luft.
Der Motor arbeitet nach wie vor vollkommen einwandfrei.

Vertikale und sächsische Angelegenheiten

(Ergebnisse der Betriebsratswahlen
1929.) In Nr. 13 der „Deutschen Handelsmacht“ vom
7. Juli 1929 veröffentlicht der Deutschnationale Handlungs-
gehilfen-Verband das Ergebnis der Wahlen zu den Ange-
stellten-Betriebsräten aus 4151 Betrieben. Hiernach ist die
Kräfteverteilung jetzt wie folgt: Gesamtzahl 15580 Betriebs-
vertreter; hier von DNB 5291, sonstige Gebag-Verbände 1505,
Afa 3757, GDA 2119, Fachverb. 1109, Gelbe 59, Unvor-
ganisierter und Bela 1740.

(Die ältesten sächsischen Militärver-
eine.) Der älteste sächsische Militärverein ist der zu Neu-
gersdorf, er wurde 1826 gegründet. Ihm folgten 1839
Chemnitz und Schönau bei Chemnitz, 1841 Frankenberg,
1843 Schöps, 1844 Döbeln, Marienberg, Meißen und
Deberan, 1845 Reichenbrand. Der Militärverein in Großhain
wurde 1848 gegründet. Er feierte im Vorjahre sein 80-jäh-
riges Bestehen.

(Soldaten für Erntearbeiten.) Sofern in
einzelnen Arbeitsamtsbezirken sich zur Einbringung der Ernte
ein stärkerer Mangel an Arbeitskräften bemerkbar macht, der
auch im Wege des zwischenbetrieblichen Ausgleichs nicht zu
decken ist, wird den Arbeitsämtern anheimgestellt, sich mit den
Kommandeuren der Reichswehrtruppenteile in Verbindung zu
setzen, um eine rasche und reibungslose Bestellung von Reichs-
wehrangehörigen zu Erntearbeiten zu ermöglichen. Im Ein-
vernehmen mit dem Wehrkreiskommando IV kommen für die
Arbeitsamtsbezirke der Lausitz die Garnison Bautzen, für die
des Elbtalles einschließlich Dippoldiswalde die Garnison Dres-
den, für die in Mittelsachsen die Garnison Leipzig (Döbeln)
und für die des Erzgebirges die Garnison Freiberg in Betracht.
In den Vereinbarungen mit den einzelnen Reichswehrtrup-
pentellen muß sichergestellt werden, daß die Erntearbeiter
nicht als billige Arbeitskräfte zu geringeren als den üblichen
Löhnen herangezogen werden. Die Soldaten sollen für ihre
Arbeit den vollen tariflichen und ortsüblichen Lohn erhalten.

(Ermächtigung an die Bauämter.) Wie
aus Dresden gemeldet wird, hat das Finanzministerium die
Straßen- und Wasserbauämter und die Neubauämter ermäch-
tigt, bei einer Bedingensumme bis zu 5000 RM unbeschränkt,
bei mehr als 5000 RM bis zu 50 000 RM dann den Zu-
schlag zu erteilen, wenn das billigste Angebot angenommen wird.

Obersteina. (Kinderturnen.) Aus der letzten
Sitzung des Kinder-Turnausschusses dürfte für die Allge-
meinheit folgendes von Wichtigkeit sein: 1. Die Zahl der
turnenden Kinder hat eine bisher noch nicht dagewesene Höhe
erreicht. Gewiß ein Beweis dafür, daß der Turnverein DT.
mit seiner Betriebsweise auf dem richtigen Wege ist. 2. Bei
Festlegung des Haushaltsplanes war es möglich, die Beiträge
der Kinder von monatlich 10 Pfg. beizubehalten und erneut
Mittel für die unerlässliche Aus- und Weiterbildung der
Vorturnerschaft bereitzustellen. Auch wurde der Kauf von
zwei schwedischen Turnbänken, ein für das Kinderturnen
äußerst wertvolles Turngerät, erwogen. 3. Anstelle des im
Arbeitsplane vorgesehenen Wandertages wird auf ausdrück-
lichen Wunsch der Elternvertreter Sonntag, den 1. Septem-
ber ein Sommerfest der Kinderabteilung abgehalten. Die
vorbereitenden Arbeiten wurden dem Ausschussvorsitzenden
übertragen, der das Fest dank seiner schöpferischen Talente
und mit Unterstützung einiger bewährter Mitarbeiter sicher
wieder zu einem Erleben für Obersteinas DT. begeisterte
Jugend, zu einem Volksfest im wahrsten Sinne des Wortes
gestalten wird.

Briand Nachfolger Poincarés

Mittrauen der französischen Rechtsblätter gegen Briand

Moskau begrüßt den Rücktritt Poincarés

Paris. Außenminister Briand ist vom Präsidenten
der Republik mit der Bildung der neuen französischen Re-
gierung betraut worden und hat den Auftrag sofort ange-
nommen.

Sämtliche in Betracht kommende Parteiführer, Kom-
missionsvorsitzende, sowie die Präsidenten der Kammer und
des Senats bezeichneten dem Präsidenten der Republik mit
spontaner Einmütigkeit Briand als den allein möglichen
Nachfolger Poincarés.

Mittrauen der französischen Rechts- blätter gegen Briand

Paris, 29. Juli. Der „Temps“ schreibt zu Briands
Ernennung u. a. folgendes: „Briand ist zum Nachfolger
Poincarés berufen, weil die Politik Poincarés, der Briand
sich tatkräftig beigegeben hat, niemals vor dem Parlament
eine Niederlage erlitt. Die bisherige Mehrheit kann unter
der Bedingung nach links erweitert werden, daß sie nach
rechts nicht beschnitten wird. Das Versagen von 16 gemäßig-
ten Republikanern, bei der Ratifizierung der Schuldenabkom-
men rechtfertigt auch ihren Ausschluß aus dem neuen Kabi-
nett.“ Das Journal de Debats sagt, die Kabinetts-
bildung werde durch die Haager Konferenz und die Rhein-
landfrage beherrscht. Briand erscheine bald als Friedensapostel,
bald als Minister, der sich um positive Garantien bemühe.
Als Ministerpräsident und Außenminister gehe er auf die
internationale Konferenz mit einer Art Vollmacht. Ob
die Kammer sie ihm geben werde, hänge von der Zusammen-
setzung des Ministeriums und der Politik ab, die sich aus
seiner Zusammenfassung ergebe. Der Intransigent
schreibt, das Land habe bei der Liquidation des Krieges dar-
mit gerechnet, daß Poincaré mit seinem starken Willen
Frankreich auf der Konferenz verteidigen würde. Mit Be-
kümmernis und Furcht denke man jetzt an das was Frank-
reich auf der Konferenz erwarte.

Moskau begrüßt den Rücktritt Poincarés

Kowno, 28. Juli. Wie aus Moskau gemeldet wird,
schreibt die „Zvezditsja“ zu dem Rücktritt Poincarés, daß
Poincaré der böse Geist Europas gewesen sei. Briand werde
zu Anfang die Politik Poincarés fortsetzen müssen, jedoch
würde jedes französische Kabinet die Politik Poincarés nicht
in derselben Gestalt weiterführen, wie Poincaré es bisher
selbst getan habe. Die Mehrheit Europas begrüße den Rück-
tritt Poincarés. Für den Frieden Europas bedeute der Rück-
tritt Poincarés einen Erfolg.

Briands schwierige Verhandlungen mit den Radikalsozialisten

Paris, 28. Juli. Briand nahm am Sonntag nach-
mittag die Besprechungen über die Bildung des neuen Kabi-
netts wieder. Für den Fall einer Einigung Briands mit
den Radikalsozialisten setzte man am Sonntag abend eine
Ministerliste in Umlauf, die etwa folgende Namen umfassen würde:

Briand; Ministerpräsident und Außerer
Steeg oder Lardieu; Justiz- und Stellvertreter des
Ministerpräsidenten
Chéron; Finanzminister
Daladier; Krieg
Lardieu oder Durand; Inneres
Voucheur; Arbeitsminister
Herriot oder Marraut; Unterricht
Quelle oder Lamoureux; Landwirtschaft
Forgeot oder Valat; Öffentliche Arbeiten
Laurant-Gynac; Luftfahrt

Sollten die Verhandlungen mit den Radikalsozialisten schei-
tern, dann rechnet man mit der Wahrscheinlichkeit, daß Briand
nur das Ministerpräsidium des zurückgetretenen Kabinetts
Poincaré übernimmt und zwei neue Unterstaatssekretariate
geschaffen werden.

Der Kampf um den Youngplan.

Konferenzbeginn erst 16. August? — Französisch-englische
Gegenätze.

Die Parlamente sind jetzt auch in Frankreich und in
England in die Ferien geschickt worden. Jedoch ist von poli-
tischer Ruhe nichts zu spüren. Innerpolitische Schwierigkeiten
in Paris und die ägyptische Frage in London schaffen neue
Sorgen für die politischen Kreise. Aber über alles wirft der
Kampf um den Youngplan seine Schatten voraus, da nun mit jedem Tage die Reparationskonferenz näherückt.
Wann, steht noch nicht genau fest. Aus London hört
man, daß die Reparationskonferenz erst am 16. August
wahrscheinlich im Haag zusammentreten werde.

Es scheint also, als ob

auch die Konferenz im Haag noch unter Kriegspolizei
sehen wird, daß man auch auf dieser Konferenz Deutschland
noch als den „Schuldigen am Weltkriege“ anzusehen ge-
willt ist?

Poincaré, der an einer schweren Darmkrankheit leidet,
scheidet im Haag als Gegenpieler Deutschlands aus. In
einer Stelle wird Briand nicht schlechter die Interessen
Frankreichs vertreten. Frankreich wird sich aber besonders
gegen England zu wenden haben, da die englische Regierung
sich nicht verpflichtet fühlt, nach einer Erklärung des eng-
lischen Schatzkanzlers Snowden, den Youngplan anzunehmen,
und auch nicht den Zusammenhang zwischen Rhein-
andrängung und Tributfrage anerkennt. Verbisfen dringt
England auf eine Aenderung des Verteilungs-
schlüssels für Sachleistungen, um dadurch Er-
leichterungen für die englischen Steuerzahler herbeizuführen.
Diese Nebenfragen bewegen uns Deutsche nicht. Mit Sorgen
ehen wir der Haager Konferenz entgegen, auf der neue Be-
stimmungen getroffen werden sollen, nach denen Deutschland
auf zwei Generationen weitere 112 Milliarden

ahlen soll. Der „Ausschuß für das deutsche Volksbegehren“,
das allgemach die deutsche Öffentlichkeit zur Stellungnahme
wingt, hat nun in Münster eine neue Kundgebung veran-
staltet. Und es ist beachtlich, wie immer mehr im deutschen
Volke die Stimmung gegen den Youngplan wächst. Seien wir uns doch klar darüber: Das deutsche
Volk war einig, als die Entente die Auslieferung der „Kriegs-
verbrecher“ verlangte. Verzicht der Gegner war die
folge. Das einmütige Nein anfänglich des Außerpar-
lamentarischen brachte einen weiteren deutschen außenpolitischen
Erfolg. Hieraus soll uns der Mut erwachen, auch diesmal
an den Erfolg eines ehrlichen Nein zu glauben,
wie es der Zentrumsparlamentarische Dr. Kaas legh-
hin des öfteren betont hat.

Unmögliches verlangt die Entente von dem ausgepreßten
und verarmten Deutschland

mit ihrer 112 Milliardenforderung. 1871 zahlte Frankreich
5 Milliarden und verlor Elsaß-Lothringen. Der Wilsonsche
Versöhnungsfrieden ohne Annexionen, Kontributionen und
Strafhandlungen“ von 1918/19 nahm uns nicht nur Elsaß-
Lothringen, die Ostgebiete, Nordschleswig und die Kolonien,
sondern außerdem an Geld und Gut bisher über 50
Milliarden. Aus den Kreisen der Wirtschaft
wird immer wieder betont, daß die Younglasten weit über
den untrüglichen Versailles Vertrag hinausgehen und daß
wir durch erhöhte finanzielle Leistungen uns auch nicht die
politische Freiheit erkaufen werden. Sanktionen in
Ost und West und die Zerstörung unserer Wirtschaftskraft
droht nach wie vor als Endergebnis. Der finstere Ge-
danke in der französischen Presse, die

Räumung der Rheinlande mit einer verdeckten Preisgabe
deutscher Saarinteressen zu erlauben,

wird heute in der deutschen Öffentlichkeit noch viel zu wenig
beachtet. Ein Appell an die Selbstbestimmung eines jeden ein-
zelnen Deutschen, wie sie durch das Volksbegehren geplant
ist, ist daher in bezug auf den Youngplan nicht so ohne
weiteres von der Hand zu weisen.

Russisch-chinesische Ausgleichsverhandlungen in Berlin.

New York. Der chinesische Gesandte in Washington
teilte dem Staatsdepartement im Auftrag seiner Regierung
mit, daß China und Rußland übereingekommen seien, die
Verhandlungen über die Regelung der Streitigkeiten in
Berlin stattfinden zu lassen.